



Großmachtstreben der BRD unter dem Dach der EU

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 10. Februar 2014

c/o **Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.**
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg und 75 Jahre nach dem Zweiten ist der deutsche Imperialismus im Aufbruch, um in der globalisierten Welt von heute seinen Anspruch durchzusetzen, in der ersten Liga ordnungspolitisch und neuordnend zu wirken.

Erinnerungen an das Reich werden wach. An das kaiserliche und an die folgenden. Und an die Traditionen, die immer wieder belebt und die immer gepflegt worden sind. Der Gedanke der Macht und der Größe des Landes leitete das Handeln der politisch herrschenden Kräfte. Prinzipien des Völkerrechts spielten dabei keine Rolle. So auch heute.

Kontinuität im Machtanspruch

Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 hält fest, „dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist, es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘“.

(1)

Das „Deutsche Reich“ in seiner kaiserlichen Ausprägung war im Ergebnis des deutsch-französischen Krieges 1870/71 gegründet worden. Verkündet im okkupierten Frankreich, in Versailles. Taufpaten waren Fürsten, Prinzen, Generale, Offiziere. Das deutsche Volk war nicht vertreten. Der reaktionäre Akt war nach der Devise Bismarcks vollzogen worden: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen, sondern durch Blut und Eisen.“ (2)

Mit „Blut und Eisen“ sollte dann vor 100 Jahren der „Platz an der Sonne“ errungen werden.

Etappenziel: Vorherrschaft in Europa.

Theobald von Bethmann-Hollweg, der dem Kaiser Wilhelms II. als Reichskanzler diente, verkündete kurz nach Beginn des Ersten Weltkrieges im September 1914 die aggressiven expansionistischen Europa-Ziele von Kapital, Militär und Politik: „*Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluss von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn und eventuell Ita-*

1 www.deutsches-reich-heute.de/hm/hintergrund

2 Große Epochen der deutschen Geschichte, Bertelsmann Verlag, Gütersloh, 1984, S.161

lien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muss die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Mitteleuropa stabilisieren.“ Die gegenüber Russland zu verfolgenden Ziele würden „später geprüft.“ (3)

Der erste Versuch, „deutsche Führung“ und „wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands“ durchzusetzen, kostete über 10 Millionen Menschen das Leben.

Auch in seiner faschistischen Herrschaftsform griff das „Deutsche Reich“, griff der deutsche Imperialismus mit „Blut und Eisen“ nach der Weltherrschaft. Für die eingeleitete „Neuordnung“ Europas waren im September 1943 in einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes diese Vorstellungen formuliert worden:

„Die Einigung Europas ist eine zwangsläufige Entwicklung...Die Aufgabe des Europäischen Wirtschaftstages und seiner Ausschüsse ist die Vorbereitung und Durchführung europäischer Wirtschaftskonventionen zur Lösung der gemeinsamen wirtschaftlichen Aufgaben, z.B. für die Behandlung der europäischen Wirtschaftsprobleme unter dem Gesichtspunkt der Blockadefestigkeit, die Regelung des Warenaustausches nach dem Grundsatz der europäischen Präferenz gegenüber den außereuropäischen Ländern mit dem späteren Ziel einer europäischen Zollunion und eines freien europäischen Marktes, europäisches Zentralclearing und feste innereuropäische Währungsverhältnisse mit dem späteren Ziel einer europäischen Währungsunion.“ (4)

Was sich so zivil anhört und auf dem Wege zur Weltbeherrschung die Versklavung europäischer Völker und die rigorose Ausbeutung ihrer Volkswirtschaften durch die faschistischen Okkupanten bedeutete und zur Grundlage hatte, kostete fast 60 Millionen Menschen das Leben.

Die Regierungen der BRD, welcher Couleur auch immer, haben sich insbesondere mit den territorialen Gegebenheiten, die das Reich nach dem „Zusammenbruch 1945“ aufwies, nie zufriedengegeben. Nach der Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse in der BRD galt als vorrangliches Ziel des deutschen Imperialismus die „Befreiung der Zone“, der DDR. Nach ihrem Anschluss und dem Ende des europäischen Sozialismus erhielt sein Expansionismus Freiraum.

Das Ziel, „Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes“, wie es 1914 verkündet wurde, war mit dem Ende des Krieges erst einmal gegenstandslos geworden.

3 Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 – 1945, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977, S. 217

4 www.spengler-priv.de

Das Ziel, Einrichtung eines „Europäischen Wirtschaftstages“ und Schaffung „Europäischer Wirtschaftskonventionen“, wie es 1943 anvisiert wurde, hatte sich 1945 vorerst erübrigt.

Manche Zielsetzungen und Begriffe von damals haben jedoch bundesdeutsche Politiker als ideelle Anleihe auf dem Weg von der 1957 geschaffenen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) über die Europäische Gemeinschaft (EG) bis zur heutigen EU und ihrer Eurozone übernommen. In diesem, im kalten Krieg geborenen und gegen den Sozialismus gerichteten Integrationsprozess, konnte der deutsche Imperialismus seine Machtposition ausbauen. Deutsches Großkapital und deutsche Großbanken dominieren jetzt die EU, also weite Bereiche Europas. Jeder dritte der umsatzstärksten transnationalen Konzerne in der EU ist deutsch. Die BRD ist Vize-Exportweltmeister. Im EU-Raum erreichen die deutschen Handelsüberschüsse – auch gegenwärtig – Rekordmarken. „Wer wie Deutschland in großem Stil mehr Waren exportiert als importiert, exportiert die Verschuldung immer gleich mit, bringt Defizitländer immer mehr in die Kreide.“ (5) In der EU sind die deutschen Kapitalinteressen inzwischen bestimmend. Das deutsche Kapital nutzt das Potential der EU zur Durchsetzung seiner Ziele.

In einem Thesenpapier des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) vom September 2011 wurde bereits deutlich gemacht, wer in der EU das Sagen hat. In dem Paper wird von der Bundesregierung gefordert: „Europa muss sich zu einem deutlichen Sprung vorwärts in seinen Stabilitätsbemühungen aufraffen.“ (6) In absehbarer Zukunft würden nur noch zwei oder drei Global Player über die Geschicke in der Welt entscheiden, so der BDI. Dann müsse „Europa die Rolle des Dritten im Bunde spielen.“ (7) Auch für die neue Bundesregierung ist wie für die alte der BDI-Appell selbstverständlich Arbeitsgrundlage. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD heißt es u. a.: „Unser Land muss...als Gründungsmitglied der EU und vertrauensvoller Partner eine verantwortungsvolle und integrationsfördernde Rolle in Europa wahrnehmen.“ (8) Unmissverständlich wird zum Ausdruck gebracht, wer in dem Ringen der EU die „Rolle des Dritten“ spielen soll: „Gerade Deutschland – als größte Volkswirtschaft in Europa - kommt eine besondere Verantwortung für unseren Kontinent zu.“ (9) Der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien im Bun-

5 isw, report 95, München 2014

6 www.bdi.eu

7 ebenda

8 www.welt.de/Politik

9 ebenda

destag, Kauder, gab Mitte November 2011 auf dem Leipziger CDU-Parteitag die nationalistische Sprachregelung für die besondere deutsche „Verantwortung für unseren Kontinent“ vor: „Jetzt wird in Europa deutsch gesprochen.“ Und er fügte „erläuternd“ hinzu: „Wir spüren, dass wir dieses Europa in eine neue Zeit führen müssen.“ (10)

Auffallend ist immer wieder der mit Blick auf das ganze Europa zum Ausdruck gebrachte Machtanspruch.

Ganz selbstverständlich sprechen die Vertreter der politischen und wirtschaftlichen Elite der BRD von Europa, wenn es sich um die EU handelt. Die EU ist Europa, artikulieren sie in ihrer Großmannssucht. Die EU spräche für Europa, meinen sie. Ihre Strategie zielt darauf ab, immer mehr europäische Länder zu integrieren. Der Hauptstoß richtet sich dabei gegen Russland als Großmacht. Eine Zielstellung, die nicht neu ist. Sie galt auch schon in der Vergangenheit für das Deutsche Reich.

Das heutige Europa weist übrigens diese Realitäten auf:

Von den 739 Millionen Europäern leben 506 Millionen in EU-Ländern, davon 331 Millionen in Ländern der Euro-Zone.

Vier Ländern sind Mitglieder der Europäischen Freihandelszone EFTA, nämlich Norwegen, die Schweiz, Island und Liechtenstein.

Zu unserem Kontinent gehören auch Russland, die Ukraine, Belarus, Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidshan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldawien, Monaco, San Marino und Vatikanstadt.

„Neue Macht – neue Verantwortung“

Die besondere deutsche „Verantwortung“ wird vor allem mit seiner wirtschaftlichen Stärke begründet. Die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) – sie berät die Bundesregierung – legte Mitte Oktober 2013, kurz vor den Bundestagswahlen, ein von 51 teils hochrangigen Exponenten des Berliner Außenpolitik-Establishments gefertigtes Strategiepapier vor. Sein Titel „Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“. Es legt Grundzüge für den künftigen Expansionismus des deutschen Imperialismus dar. (11)

Das Papier geht von den grundlegenden Veränderungen in der Welt aus, wie sie sich mit dem Untergang des europäischen Sozialismus vollzogen haben. Es berücksichtigt zugleich Wirkungen der „Überdehnung“ des US-Imperialismus.

10 www.scharf-links.de und europa-magazin.ch

11 www.swp-berlin.org

Einleitend wird gesagt: „Deutschlands gewachsene Kraft verleiht ihm heute neue Einflussmöglichkeiten.“ Das sei Anlass für eine „Neuvermessung“ seiner internationalen Beziehungen. Die „Neuvermessung“ geht von „Veränderungen in der internationalen Ordnung“ aus. 1990 habe sich „Deutschlands strategisches Umfeld... gewaltig verändert“. Zur gegenwärtigen Situation heißt es, dass die USA – „im Bewusstsein reduzierter eigener Ressourcen“ – „nur noch bedingt gewillt (seien), die internationale Ordnung als globaler Hegemon zu garantieren“. Folglich müsse die BRD, „stärkere weltpolitische Aktivitäten zeigen und von einer ‚Gestaltungsmacht im Wartestand‘ zu einer Führungsmacht werden“. Die weitere Militarisierung der internationalen Beziehungen ist angesagt. Es wird darauf verwiesen, dass Deutschland „inzwischen in der Liga der globalen Akteure mitspielt. Aus Deutschlands gewachsener Macht und seinem gestiegenen Einfluss folgt dann auch ein Mehr an Verantwortung... Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen.“ (12) Das deutsche Staatsoberhaupt hatte schon am 3. Oktober 2013 kritisiert, Deutschland dürfe sich nicht länger als „Insel“ begreifen. Seiner Meinung nach mehrten sich „Stimmen innerhalb und außerhalb unseres Landes, die von Deutschland mehr Engagement in der internationalen Politik“ erwarteten. (13)

Dass gegenwärtig etwa 5.000 Bundeswehrsoldaten in 13 Ländern in Asien (Afghanistan), in Afrika (vor dessen Ostküste, in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik) sowie in Europa (Kosovo) „Deutschland verteidigen“ und für „Sicherheit“ des Zugangs zu Ressourcen und Absatzmärkten der „deutschen Wirtschaft“ sorgen, genügt dem deutschen Kapital und seinem Staatsoberhaupt nicht. Ende Januar 2014, auf der sogenannten Münchener Sicherheitskonferenz, machte Gauck deshalb regelrecht mobil. Er griff die „Empfehlung“ der Denkfabrik SWP auf: Deutschland – nunmehr in der „Liga der globalen Akteure“ - müsse sich „früher, entschiedener und substantieller einbringen“. Ins gleiche Horn stieß der sozialdemokratische Außenminister Steinmeier: „Deutschland muss bereit sein, sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substantieller einzubringen.“ (14)

Gauck ging noch einen Schritt weiter. Er ging mit jenen hart ins Gericht, die auf Deutschlands „historische Schuld“ in der Vergangenheit verweisen, um sich hinter „Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken“ und besonders militärische „Zurückhaltung“ rechtfertigten. Der Bundespräsident verlangt stattdessen eine „aktive Rolle“ Deutschlands. „Und gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müs-

12 ebenda

13 www.bundespraesident.de/Reden

14 Junge Welt, 3. Februar 2013

sen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit selbst verantwortlich sein“, so Gauck. (15)

Eine einfache Logik: Wenn die USA überfordert sind, müssen in den Weltordnungskriegen „our boys“ an die Front.

Unvermeidbare „Fundamentale Auseinandersetzungen“

Der Hegemonieanspruch des deutschen Kapitals schließt innerhalb der EU die Disziplinierung und Unterordnung der EU-Partner ein. In diesem, von Widersprüchen zwischen den Mitgliedsländern begleiteten Prozess hat der Euro eine Schlüsselrolle eingenommen. Der damalige BRD-Finanzminister Theo Waigel hat das früh erkannt. Kategorisch erhob er 1997 gegenüber den anderen EU-Ländern die ultimative Forderung: „Der Sitz der Europäischen Zentralbank wird Frankfurt sein oder aus der Veranstaltung wird nichts.“ (16) Diese wichtige Schaltzentrale der Macht musste hier angesiedelt sein. Die Schröder-Regierung verwirklichte dann mit der „Agenda 2010“ das Modell, um mit Reallohnsenkungen und dem Abbau von Sozialleistungen die wirtschaftliche Überlegenheit des deutschen Kapitals gegenüber den EU-Partnern weiter ausbauen zu können.

In der Krise nutzte die Merkelregierung die von Schröder geschaffenen Bedingungen, um ihren neoliberalen Austeritätskurs zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU zu gestalten und durchzusetzen. „Tatsächlich hat sich im Zuge und in der Folge der ‚Krisenpolitik‘ innerhalb der EU eine deutliche Machtverschiebung zugunsten der deutschen Regierung vollzogen.“ (17)

Die für die neoliberale Regulierung erforderliche Gesetzgebung wurde mit Hilfe des von deutscher Seite inspirierten Brüsseler Diktats erpresst. Dazu „Der Spiegel“: „Was früher die Mobilmachung der Streitkräfte war, kann heute die Drohung sein, einen Staat wie Griechenland in die Pleite zu schicken, wenn dessen Bürger nicht den Forderungen europäischer Finanzminister nachkommen.“ (18) Andreas Wehr charakterisiert die zur Eindämmung der Euro-Krise ergriffenen Maßnahmen als „Etablierung eines neuen Regimes supranationaler staatsmonopolistischer Regulierung.“ (19)

Gleich nach der Bundestagswahl 2013 legte die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) - Think - Tank der Bundesregierung - mit Blick auf eine mögliche Große Koalition eine aktuelle Stellungnahme vor. Darin wird ei-

15 www.bundespraesident.de/Reden

16 FAZ, 30. Mai 2013

17 isw.report 95, München 2014

18 Der Spiegel, 1/2014

19 Junge Welt, 19. Februar 2013

ne größere Machtumverteilung in der EU konstatiert. „Das relative Gewicht Deutschlands nimmt zu“, heißt es darin. Zugleich fielen die europäischen Rivalen der Bundesrepublik zurück: „Frankreich und die Staaten des Südens sind stärker von der Schuldenkrise betroffen und verlieren dadurch an Einfluss“ Nicht nur Paris, auch London werden der SWP zufolge strukturell schwächer. „Durch die Ausdifferenzierung der EU in einen Eurozonenkern und eine Unionsperipherie nimmt gleichzeitig die Bedeutung Großbritanniens ab, das sich letzterer zurechnet.“ (20) Die SWP beschreibt diese Situation in der EU als „Schauplatz fundamentaler Auseinandersetzungen zwischen ihren Mitgliedern über Ausrichtung, Aufgaben und Architektur der Institutionen.“ (21)

Der Verlauf des EU-Gipfels kurz vor Weihnachten 2013 vermittelte ein Bild, wie die Partner Deutschlands auf den deutschen Führungsanspruch und die sich aus dem deutschen Diktat ergebenden ökonomischen, politischen und sozialen Folgen reagieren und „fundamentale Auseinandersetzungen“ den Verlauf des Gipfels bestimmten.

Die „Deutschen-Wirtschafts-Nachrichten“ berichteten: *„Es zeigt sich ein gewaltiger Riss, der durch die Euro-Zone geht. Und er verläuft überraschenderweise nicht zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden, wie man das bisher gewohnt war. Der Riss verläuft fundamental zwischen Deutschland und dem Rest Europas.“* (22)

- > So wandte sich auf dem Gipfel Mark Rutte, Ministerpräsident der Niederlande, dagegen, dass sein Land schmerzhaft Reformen durchführen müsse, ohne Solidarität der anderen Partner zu erfahren.
- > Werner Faaymann, Bundeskanzler Österreichs, lehnte Diktate ab. Österreich wolle seine Souveränität nicht zugunsten der EU aufgeben.
- > Jyrki Katainen, Ministerpräsident Finnlands, sprach davon, dass die „Retungspläne“ für die Banken den Populismus gestärkt und zu einer „Krebserkrankung“ der EU geführt hätten.
- > Eli die Rupo, Premierminister Belgiens, charakterisierte die diktierten Reformen als Gefährdung der Souveränität seines Landes.
- > Francois Hollande, Präsident Frankreichs, empfahl, allgemeine Prinzipien der EU-Ausrichtung erst nach den EU-Wahlen zu behandeln.
- > Van Rumpuy, Präsident des Europäischen Rates, der in diesem Jahr aus dem Amt in Brüssel ausscheidet, meinte nach dem Verlauf der Debatte, er wolle kein Chaos hinterlassen. (23)

20 German Foreign Policy, 5. November 2013

21 www.swp-berlin.org

22 www.deutsche-wirtschaftsnachrichten.de/2013/12/25

23 ebenda

Deutsche „Formung“ der NATO

„Fundamentale Auseinandersetzungen“ vollziehen sich auch in der NATO. Bei NATO-Weltordnungskriegen „finden sich nur noch von Fall zu Fall ‚Koalitionen der Willigen‘ zusammen.“ (24) Zwischen den europäischen NATO-Mitgliedern herrscht keineswegs eitel Bündnisfreude. Vor dem erwähnten EU-Gipfel im Dezember 2013 drängte Hollande auf Unterstützung für einen Militäreinsatz in der Zentralafrikanischen Republik. Die „Berliner Zeitung“ kommentierte: „In fieberhafter Arbeit bereiteten die Brüsseler Militärexperten alles dafür vor, erstmals die gemeinsame Battle Group der EU, eine schnelle Eingreiftruppe von etwa 1.500 Soldaten, zu entsenden. Doch Großbritannien, bei dem zurzeit die militärische Führung dieser Truppe liegt, signalisierte ein schroffes Nein. Wie schon in Mali, intervenierte Frankreich daraufhin im nationalen Alleingang.“ (25) Unterschiedliche nationale Interessen gäben immer häufiger bei solchen Entscheidungen den Ausschlag. „Die Europäer vertrauen sich nicht, das ist das Grundproblem, warum es mit der europäischen Verteidigungspolitik schon seit so vielen Jahren nicht vorwärts geht. Nirgendwo wird dieser Mangel deutlicher als zwischen Frankreich und Deutschland“ (26)

Das SWP-Strategiepapier hebt wohl schlussfolgernd auf diese Problematik ab, wenn es darauf orientiert: „Deutschland muss seinen gewachsenen Einfluss nutzen, um die künftige Ausrichtung (der NATO) mit zu gestalten.“

Die BRD dürfte dabei die Möglichkeiten nutzen, die ihr kürzlich durch den Aufstieg in den Rang einer NATO-„Rahmennation“ gegeben sind. Sie erhielt damit das Recht, selbsttätig Verbündete zu gewinnen und „militärische Fähigkeiten“ zu entwickeln. Das sind Aufklärungsmaßnahmen, Rüstungsprojekte und multinational aufgestellte Kampfverbände. (27)

Die ehrgeizige Bundesverteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Steinmeier wollen die neuen Möglichkeiten nutzen. Das gegenüber Deutschland durch Westerwelles Position „militärischer Zurückhaltung“ entstandene Misstrauen soll schnell abgebaut werden. „Europa kann Hollande nicht allein lassen“, verspricht Steinmeier.

Von der Leyen kritisiert: „Europa kommt im Spiel der globalen Kräfte nicht voran, wenn die einen sich immer dezent zurückhalten, wenn es um militärische Einsätze geht, und die anderen unabgestimmt nach vorne stürmen.“ Sie werde das ändern und ihr Ministerium „dazu nutzen, eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik zu formen.“ (28) Eine „Europa-

24 Berliner Zeitung, 9. Januar 2014

25 Berliner Zeitung, 21./22. Dezember 2013

26 ebenda

27 www.swp-berlin.org

28 Junge Welt, 27. Januar 2014

Armee“ müsse geschaffen werden. Gauck assistiert - er will den „Ordnungsrahmen“ der NATO „erhalten“ und „formen“. Bei ihrem Truppenbesuch in Mali befindet von der Leyen: „Deutschland will sich in Afrika stärker engagieren... Es hat Zeiten gegeben, da waren 11.000 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz.“ Gegenwärtig seien es 5.000. Sie folgert daraus: „Die Bundeswehr ist noch nicht an der Grenze der Belastbarkeit.“ (29)

In den erwähnten SWP- Materialien werden auch Feindbilder skizziert und – wie es einer Großmacht zukommt - neue Bundeswehreinsatzmöglichkeiten geortet. So werden in Anlehnung an Bushs „Achse des Bösen“ und der Verdammung von „Schurkenstaaten“ der Iran, Syrien, Nordkorea und Venezuela als „Störer“ klassifiziert. Und „wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen..., muss Deutschland bereit und imstande sein..., auch militärische Gewalt anzuwenden“, heißt es (30) Eine Rolle könne aber auch das Muster der Bonner Ostpolitik der 1970er Jahre „Wandel durch Annäherung“ spielen. (31)

Die SWP muss sich in ihrer Analyse auch mit dem Widerstand der Volksmassen in EU-Ländern gegen die Folgen des deutschen Spardiktats auseinandersetzen. Angesichts der „Störenfriede“ im Innern solcher Länder könne die europäische Machtbasis Berlins noch nicht als zuverlässig konsolidiert gelten, so die SWP. Es werde „ seit über drei Jahren in den Krisenländern der Eurozone gegen austeritätspolitische Maßnahmen demonstriert“. Dabei gingen die Demonstranten offenbar davon aus, „dass die wichtigen Entscheidungen nicht in Athen oder Lissabon, sondern allenfalls noch in Brüssel, vor allem aber in Berlin getroffen werden.“ Oftmals werde dabei „an deutsche Aggressionen in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts“ erinnert. Es werde die Botschaft vermittelt, „dass die Deutschen heute mit ökonomischen Mitteln nachholen, was ihnen damals militärisch nicht gelungen ist, die Dominanz über Europa zu erringen.“ (32)

In einer Meinungsumfrage erklärten Anfang des Jahres 88 Prozent der befragten Spanier, 82 Prozent der Italiener und 56 Prozent der Franzosen, der Einfluss Deutschlands in der EU sei zu groß. Gauck tut das mit einer Handbewegung ab: „Wer handelt, erntet Kritik. Wir haben das während der europäischen Krise erlebt. Da hat Deutschland Initiative ergriffen. Schnell wurden hie und da alte Ressentiments wach, außerhalb wie innerhalb Deutschlands. Aber ich mag mir den Sturm der Entrüstung nicht vor-

29 Der Spiegel, 5/2014 und DPA, 6. Februar 2014

30 www.swp-berlin.org

31 ebenda

32 ebenda

stellen, wäre Deutschland im Augenblick der europäischen Not nicht aktiv geworden.“ (33)

Der „Europäer“ Gauck will nicht nur die Erinnerungen an die Verbrechen der faschistischen „Neuordner“ Europas vergessen machen. Er negiert nicht nur Not und Armut, die die heutigen „Neuordner“ mit ihrem Spardiktat Millionen Menschen in „EU-Peripheriestaaten“ beschert haben. Er möchte in unserer Öffentlichkeit deutsches Krisenmanagement, von dem die Großbanken profitierten, als historische Rettungstat „im Augenblick der europäischen Not“ verstanden wissen.

Das Strategiepapier (der SWP) empfiehlt angesichts des Volkswiderstandes in EU-Ländern gegen Sozialabbau, Armuts-Förderung und Liquidierung demokratischer Grundrechte: „Landes- und Bündnisverteidigung bleibt eine Hauptaufgabe deutscher Sicherheitsvorsorge, denn in Europas südlicher und östlicher Nachbarschaft wächst die Gefahr innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Konflikte.“ (34) Die Bundeswehr trainiert längst – mit Blick auf innerstaatliche Konflikte, gemeinsam mit Verbänden anderer NATO-Staaten, die Absicherung der eigenen „Heimatfront“ und schult sich in Häuserkämpfen.

Russland – „Hindernis“ für „modernes Europa“

Mit dem „No rivals-Plan“ der Bush-Administration war auch dem Hegemoniestreben des deutschen Imperialismus gedient. Der Plan zielt darauf ab, „der Beherrschung von Schlüsselregionen durch eine feindliche Macht zuvorzukommen.“ (35)

So sollte - nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – Russland als Großmacht keine Rolle in der internationalen Arena mehr spielen. 1995 entwickelte der damalige US-Präsident Clinton in einer Geheimrede vor den Chefs der US-Streitkräfte diese Zielsetzung: **„Aufspaltung Russlands in Kleinstaaten vermittelt zwischenregionaler Kriege...; Errichtung solcher Regime in den von Russland abgefallenen Republiken, wie wir sie brauchen.“**

1997 legte Brzezinski, US-Stratege und Präsidentenberater in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ die geostrategischen und geo-ökonomischen Ziele des US-Imperialismus dar. Sie sollten einschließen, Russland zu drei- oder zu vierteilen: „Einem locker konföderierten Russland – bestehend aus einem europäischen Russland, einer sibirischen Republik und einer fernöstlichen Republik – fiele es auch leichter, engere Wirtschaftsbeziehungen

33 www.bundespraesident/Reden

34 www.swp-berlin.org

35 New York Times, 8.März 1992

mit Europa, den neuen Staaten Zentralasiens und dem Osten zu pflegen.“
(36)

Obama leitete in Europa die Errichtung eines NATO- Raketenschirms gegen Russland ein. Für den Fall eines westlichen Präventivschlags gegen Russland wird ein Abfangsystem gegen ballistische Raketen zur Verhinderung eines Zweitschlages installiert.

Die herrschenden Kräfte der BRD ihrerseits betrieben intensiv die Erweiterung der EU gen Osten und engagierten sich besonders für die NATO-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands, von Belarus und der Ukraine.

Im Rahmen der von der EU geschaffenen „Östlichen Partnerschaft“ baut die BRD systematisch ihren Einfluss auf osteuropäische Staaten, die noch nicht der EU angehören, aus. „Die Zeit“ sprach von einem „großen geopolitischen Spiel“. Betrieben wird über EU-Assoziierungsabkommen der Anschluss ausgewählter Kandidaten für die Mitgliedschaft in der imperialistischen Gemeinschaft. Gegenwärtig soll der Anschluss der Ukraine mit bürgerkriegsähnlichen Aktionen erzwungen werden. Armenien, Aserbaidschan und Georgien sind weitere begehrte Staaten im postsowjetischen Raum.

Die Russland-Politik des Westens operiert gegenwärtig nicht mit Überlegungen, wie sie Clinton oder Brzezinski entwickelt hatten. Die nach der Jelzin-Ära erreichte Stabilisierung des Landes veranlasste die westlichen Strategen, ihre Taktik den veränderten Bedingungen anzupassen. Über den Russland -NATO-Rat und den EU-Russland-Rat erhofft sich der Westen Einflussnahmen auf die innere Entwicklung Russlands. Außerdem sollen mit Hilfe „Fünfter Kolonnen“ Voraussetzungen für einen „Regime change“ erreicht werden. Die SPD-Führung setzt auf einen „Wandel durch Annäherung“.

Die Bundesregierung bedient sich bei ihren Versuchen, Einfluss auf die innere Entwicklung Russlands zu gewinnen, des Slogans „Heranführung Russlands an die westliche Wertegemeinschaft.“ Deutschland wolle eine lebendige Zivilgesellschaft in Russland, gab Frau Merkel vor. (37) In einer von CDU/CSU und FDP beantragten und beschlossenen Bundestagsresolution wurde hervorgehoben, dass „Europa ein großes Interesse an einer engen Zusammenarbeit“ mit Russland habe, um das Land zu „modernisieren“. (38) In Alternativanträgen zu der Resolution hatten die „Grünen“ bemängelt, dass es für „eine partnerschaftliche Zusammenarbeit...der rus-

36 www.blaetter.de

37 Berliner Zeitung, 9. April 2013

38 Berliner Zeitung, 9. November 2012

sischen Staatsführung derzeit an einer gemeinsamen Wertebasis mangelt.“ (39) FDP und SPD plädierten gemeinsam für den von Steinmeier erfundenen Begriff einer „Modernisierungspartnerschaft“. Der Katalog ideologischer Kampfbegriffe verdeutlicht, wie sich die politische Elite der BRD als Lehr- und Zuchtmeister gegenüber Russland aufspielt.

Über die Einrichtungen und Kräfte, die die „westlichen Werte“ in Russland durchsetzen sollen, äußerte sich Frau Merkel während des Putin -Besuchs in Berlin im April 2013 mit der Forderung, die Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen müssten gut und frei arbeiten können. (40)

Die EU gründete im März 2013 eine neue Stiftung zur Unterstützung der „oppositionellen Kreise in den östlich und südlich an die EU grenzenden Ländern“ – die „European Endowment for Democracy“ (EED), „Europäische Demokratiestiftung“. (41) Die Stiftung soll „demokratische Prozesse“ in den Zielländern befördern. Die Bundesregierung habe sich „aktiv an den Verhandlungen“ über den Aufbau der EED beteiligt, bestätigten Berliner Regierungsberater. (42) Die Stiftung, die dem Beispiel der US-amerikanischen „National Endowment for Democracy“ folgt, solle die direkte Förderung politischer Parteien nicht ausschließen. Die Stiftung könnte, „wenn ein rascher Umsturz angestrebt werde, auch die Förderung von Kräften in Kauf nehmen, „die sich zu einem späteren Zeitpunkt als Nicht-Demokraten entpuppen.“ (43). Bei den Umsturzversuchen in Kiew, die von dem durch die Konrad- Adenauer-Stiftung und mit Hilfe des BRD-Außenministeriums aufgebauten ehemaligen Box-Weltmeister Klitschko dirigiert werden, ist die faschistische Partei „Svoboda“ mit einbezogen. Sie hält direkten Kontakt zu westlichen Botschaften und zur Konrad-Adenauer-Stiftung vor Ort.

Mitte 2012 plädierten Berliner Regierungsberater für einen kompletten „Neuansatz“ in der deutschen Russland-Politik. Russland weigere sich, sich westlichen Vorstellungen in der Außenpolitik zu öffnen, hieß es in einer Analyse der SWP. Man solle deshalb die Unterstützung für regierungsfeindliche Strömungen in Moskau ausbauen und dabei „den Weg für eine künftige Zusammenarbeit“ mit der Opposition ebnen. (44) Vor den 2012 in Russland anstehenden Wahlen entwickelten dann oppositionelle, regierungsfeindliche Kräfte massive Aktivitäten gegen Wladimir Putin als Präsi-

39 Junge Welt, 16. November 2012

40 Berliner Zeitung, 9. April 2013

41 German Foreign Policy, 6. Januar 2013

42 ebenda, 17. August 2012

43 ebenda, 17. August 2012 und 6. März 2013

44 ebenda, 28. August 2012

dentschaftskandidaten. Der Sturz der Regierung wurde gefordert. Ein „Koordinierungsrat“ der regierungsfeindlichen Kräfte wurde geschaffen. „Der Spiegel“ sah schon „die Geburtsstunde einer Gegenregierung“ in Moskau. Enttäuscht musste recht bald die Redaktion des Nachrichtenmagazins feststellen, dass „weniger als ein Promille“ der russischen Bevölkerung an den Aktionen beteiligt war. An Arbeiter und Bauern sei „nicht ranzukommen“, die stünden zu Putin. (45)

Die russische Regierung zog aus den umstürzlerischen Krawallen zwei Schlüsse: Sie verbot die US-amerikanische „Nichtregierungsorganisation“ USAID. Ihr wurden vorgeworfen, sich in die inneren Angelegenheiten Russlands eingemischt und mit viel Geld, das an verschiedene Organisationen vergeben wurde, die Wahlen beeinflusst zu haben. Seit 2009 hatten die USA rund 160 Millionen Dollar „zur Unterstützung der Demokratie“ in Russland zur Verfügung gestellt, wie der Vizechef des US-Außenamtes Gordon im Dezember 2011 stolz verkündete. (46)

Außerdem wurde ein Gesetz erlassen, das Organisationen, die aus dem Ausland Gelder erhalten, verpflichtet, sich als „ausländische Agenten“ registrieren zu lassen. Das Geschrei, das in den westlichen Medien daraufhin angestimmt wurde, war mindestens aus zwei Gründen geheuchelt: Die russische Regierung hatte im Wesentlichen den Wortlaut des US-Gesetzes „Foreign Agents Registration Act“ übernommen. Und zum anderen ist – im Unterschied zur BRD - in Russland die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen aus dem Ausland nicht verboten. Ein Blick in das BRD-Parteiengesetz (Paragraph 25, Abs. 2) hätte die Geiferer darüber belehrt, dass es den Parteien in der BRD verboten ist, Spenden aus dem Ausland anzunehmen. (47)

Russophobie vergiftet Atmosphäre

Die herrschenden Kräfte der BRD betrachten Russland als geopolitischen Hauptgegner. In ihrem Bestreben einer „Europäisierung“ des ganzen Kontinents unter deutscher Führung erweist sich Russland als wesentliches Hindernis. Die westlichen Massenmedien produzieren ein durchweg negatives Russlandbild. Bei Wikipedia liest sich das so: *“Heute ist Russlandberichterstattung in Deutschland weiterhin von einer überwiegend ablehnenden Haltung und einem Mangel an Meinungsvielfalt und Differenziertheit geprägt. Parallel findet eine Reduktion des allgemeinen Nachrichtenflusses auf überwiegend negative Nachrichten*

45 Der Spiegel, 47/2012

46 Der Spiegel, 47/2012

47 www.rationalgalerie.de

statt. Beobachter bringen das mit einer selbstbewussteren russischen Interessenpolitik unter Wladimir Putin in Verbindung.“ (48)

Seit Jahren wird eine von Russophobie durchsetzte Dauerkampagne gegen die Machtverhältnisse in Russland betrieben. Werner Pirker schrieb in „Junge Welt“: „Die Sowjetunion gibt es seit mehr als zwei Jahrzehnten nicht mehr, der Antisowjetismus, der stets auch als rassistischer Russen-hass sein Unwesen trieb, aber hat sich in seinen Stereotypen immer noch nicht überlebt. Das postsowjetische Russland erscheint als das genaue Gegenteil zum Gesellschaftsmodell der westlichen Moderne.“ (49)

Bei nicht wenigen Bürgern, die in der alten Bundesrepublik aufgewachsen sind, dürfte die von Politik und Massenmedien gestanzte Denkweise auch heute noch anzutreffen sein. Die Remilitarisierung der BRD wurde von den herrschenden Kräften mit der Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten“ gerechtfertigt und durchgesetzt. Initiativen der sozialistischen Länder für eine Politik der friedlichen Koexistenz mit der UdSSR von rechtskonservativen Kräften in den ersten Jahrzehnten des Bestehens der BRD verketzert. Ein Eingehen auf diese Initiativen wurde mit dem „Untergang des christlichen Abendlandes“ gleichgesetzt.

Auf Putin konzentriert sich der Hass der alten und neuen Ostlandreiter. Zu den Gründen schrieb Werner Pirker: „Während des Jelzinschen Jahrzehnts ging die Neokolonialisierung Russlands ziemlich reibungslos über die Bühne. Die gewaltsame Beseitigung des russischen Parlaments 1993, das zu einem Hindernis für Privatisierungsexzesse und nationalen Ausverkauf geworden war, erfolgte unter dem Beifall der zivilisierten Welt der parlamentarischen Demokratie.“ (50) Und weiter: **„Putin stoppte die Privatisierung der Staatsmacht, entfernte die Oligarchen von ihren politischen Machtpositionen... Putin, der die Zeit der Wirren beendete, das große Land von einem Spielball der Westmächte wieder zu einem würdigen Subjekt der Weltgeschichte machte, sah sich wie gehabt dem Vorwurf ausgesetzt, kein ‚lupenreiner‘, ja überhaupt kein Demokrat zu sein.“** (51)

Für die Weltneuordner ist der russische Präsident „Putin der Schreckliche“. Ihre Feindseligkeit in jüngster Zeit resultiert aus der Blockierung der westlichen Interventionspläne gegen Syrien, der Gewährung eines zeitweiligen Aufenthalts für den Wistleblower Snowden in Russland, die Ausstattung der Olympischen Winterspiele in Sotschi und die Kritik Moskaus an

48 www.wikipedia.org/wiki/Russophobie

49 Junge Welt, 20.12.2013

50 Junge Welt, 20. September 2012

51 Junge Welt, 8. April 2013

der massiven westlichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine.

Es überrascht nicht, dass sich Merkel wie auch Gauck „beide in der Bewertung Wladimir Putins weitgehend einig (sind). Merkel hält genau wie Gauck den russischen Präsidenten für nicht fähig, das Land zu modernisieren und auf einen demokratischen Kurs zurückzuführen.“ (52) Beide haben noch nie den entscheidenden Anteil der UdSSR an der Befreiung der Völker – auch des deutschen Volkes – von der faschistischen Bestie gewürdigt. Vielmehr erlaubt sich Gauck, Russophobie zu pflegen und zu fördern. „*Er hat die Russen ermahnt, sich angemessen mit den Verbrechen der Sowjetzeit auseinanderzusetzen*“, hebt „Der Spiegel“ hervor.“ (53) Als Staatsoberhaupt lehnte er provokativ eine Teilnahme an den Olympischen Winterspielen ab. „Nur brüskiert er so nicht allein die Kremlführung, sondern ein ganzes Volk gleich mit“, kommentiert die „Volksstimme“ (Magdeburg). „Der Boykott von Sportereignissen hat in der Vergangenheit immer nur Gräben vertieft und nie welche zugeschüttet. Gerade weil die deutsch-russischen Beziehungen auch angesichts des Ukraine-Konflikts derzeit belastet sind, ist es kurzsichtig, ohne Not noch Öl ins Feuer zu gießen.“ (54)

Der US-Strategie folgend

Exportweltmeister China ist größte Handelsnation geworden. 2013 legten seine Ein- und Ausfuhren insgesamt um 7,6 Prozent auf 4,17 Billionen Dollar zu. Die Volksrepublik gilt als bevorzugter Handelspartner der BRD. In Zeiten der Krise blickt die deutsche Bundesregierung hoffnungsvoll auf China als Konjunkturmotor. Mehrere Tausend deutsche Firmen sind im Reich der Mitte präsent. (55)

Nun ist China für die deutsche Bundesregierung, die „unverbrüchliche Solidarität“ mit den USA hält nicht nur strategischer Partner, sondern inzwischen auch strategischer Gegner.

Am 17. November 2011 hatte Obama zur US-Asienpolitik erklärt, er habe „eine wohlbedachte strategische Entscheidung getroffen. Als pazifische Nation werden die Vereinigten Staaten eine größere, langfristige Rolle in der Gestaltung dieser Region und ihrer Zukunft spielen...“ „Dass China der neue Herausforderer der Supermacht USA sein wird, ist für die Amerikaner eine unabwendbare Tatsache“, kommentierte „Der Spiegel“. (56)

52 Der Spiegel, 51/2013

53 ebenda

54 Volksstimme Magdeburg, 9. Dezember 2013

55 Berliner Zeitung, 11./12. Januar 2014 und 17. Januar 2014

56 Der Spiegel, 27/2012

Angesichts des von Washington gefahrenen Kurses im asiatisch-pazifischen Raum ist die Bundesregierung dazu übergegangen, auf zwei Gleisen zu fahren: Einerseits Fortsetzung der lukrativen Geschäfte mit China und andererseits Einschwenken auf den US-amerikanischen Konfrontationskurs. In ihrer Regierungserklärung Ende Januar 2013 beteuerte Frau Merkel:

„Deutschland kann sich keinen besseren Partner wünschen als die Vereinigten Staaten von Amerika.“ (57)

Das imperialistische Deutschland als EU-Führungsmacht will künftig bei weltpolitischen Entscheidungen mitsprechen, wie es der BDI vor drei Jahren in seinen Thesen dargelegt hatte. US-Außenminister Kerry griff Ende Januar 2014 auf der sogenannten Sicherheitskonferenz in München die Bereitschaft der BRD auf: *„Um den derzeitigen Herausforderungen nah und fern zu begegnen, braucht Amerika ein starkes Europa, und Europa braucht ein voll und verbindlich engagiertes Amerika. Das bedeutet, dass Selbstbeschränkung für niemand von uns eine Option ist.“* (58) Unter Hinweis auf den enormen wirtschaftlichen Aufschwung Chinas und seiner Verteidigungsmaßnahmen wurde von US-Politik und – Medien eine Bedrohungslegende gestrickt. Die US-Administration baut die Militärpräsenz in der Region beträchtlich aus. Auf einer Tagung der Bundesakademie für Sicherheitspolitik wurde konstatiert, die USA bereiteten sich „auf einen potentiellen militärischen Schlagabtausch mit der Volksrepublik vor.“ Die US-Militärpräsenz in der Region ähnele „einem ‚Feuerring‘, der präventiv um China gelegt wird.“ (59)

Mit dem Feindbild, dass nach 30 Jahren im Schnitt zweistelligen Wirtschaftswachstums China „an einem Punkt angekommen“ sei, an dem sich „wirtschaftliche Stärke in politischen Einfluss und militärische Macht umsetze“, hatte 2012 die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) die Bereitschaft der Bundesregierung zur Zusammenarbeit mit den USA in Ostasien begründet. Es bedürfe in Zukunft „eines Gegengewichts zu den wachsenden militärischen Fähigkeiten Chinas“, meinen Regierungsberater in Berlin. (60)

Die „Experten“ verweisen dabei auf die „Territorialstreitigkeiten in den ostasiatischen Meeren.“ (61) Gemeint ist der Streit um eine Inselgruppe, die in China „Diaoyu“, in Japan „Senkaku“ genannt und von beiden Staaten beansprucht wird. Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) bemerkte, dass bei diesem Streit der Versuch Chinas, die Kontrolle über seine Küs-

57 Junge Welt, 30. Januar 2014

58 Junge Welt, 3. Februar 2014

59 RotFuchs, Dezember 2011

60 German Foreign Policy, 30. Oktober 2013

61 ebenda, 1. August 2013;

tengewässer und über seine Seehandelsrouten zu erlangen, mit dem Anspruch der USA kollidiere, „die internationale Führungsrolle“ zu beanspruchen. (62)

Jedenfalls trägt die BRD mit militärpolitischen Maßnahmen und Rüstungsexporten zum Ausbau der NATO-Militärkooperation mit prowestlichen Staaten Ost- und Südostasiens sowie der Pazifik-Region bei. (63)

Mit Australien wurde eine „Absichtserklärung über eine Strategische Partnerschaft“ unterzeichnet. Darin sind militärpolitische Maßnahmen ausdrücklich eingeschlossen. Westerville hatte Australien als „ein strategisches Sprungbrett in den asiatisch-pazifischen Raum“ bezeichnet. Die Partnerschaft soll es der BRD weitaus stärker als bisher im unmittelbaren Umfeld der ungebrochen aufsteigenden Volksrepublik ermöglichen, Einfluss zu nehmen und so im künftig zentralen Konflikt zwischen dem Westen und Peking eine aktive Rolle zu spielen. (64)

Außenpolitische Experten der BRD dringen auf einen Ausbau der Kooperation mit Indonesien. Das Land gelte in der Region als „Führungsmacht“ und kontrolliere mit der „Straße von Malakka“ einen der „weltweit wichtigsten Seewege“ mit großer Bedeutung für China, urteilt die SWP. Als tragende Säule der Zusammenarbeit könne das Militär gelten: Die indonesischen Streitkräfte beziehen ihre Waffen zu einem nicht unerheblichen Teil aus Deutschland. (65)

Das Berliner Außenpolitik-Establishment hebt das Bemühen Deutschlands hervor, Militärkooperationen und „sicherheitspolitische“ Absprachen zu vereinbaren und damit gegenüber den Bündnisabsprachen der USA in der Region aufzuholen. Hervorgehoben wird ein „Sicherheitsdialog“ zwischen Deutschland und Malaysia. (66)

Trotz zunehmender internationaler Kritik am Nationalismus und an anti-demokratischen Tendenzen in der japanischen Regierung unterstützt Berlin die Aufrüstung und das Training der japanischen Armee. Sie baut damit die NATO-Kooperation mit Japan aus. Die Bundeswehr hat eine engere Zusammenarbeit mit den „Selbstverteidigungsstreitkräften“ – Japans Armee – eingeleitet, die zwischen der Kriegsmarine beider Länder wird gestärkt. Japan rüstet mit Blick auf Territorialstreitigkeiten mit China seine Flotte auf.

Ausgebaut wird auch die militärische Zusammenarbeit mit Südkorea.

62 ebenda, 28. August 2013

63 ebenda

64 ebenda, 31. Januar 2013

65 ebenda, 7. Februar 2013

66 ebenda, 13. Februar 2013

Der deutsche Rüstungsexport profitiert bei bestehenden und zu schüren internationalen Konflikten. Frau Merkel hat sich stets als Förderin der deutschen Waffenschmieden engagiert. Ihr von Zynismus untersetztes Credo: „Die Regierung solle auch in potentielle Konfliktregionen wie den Nahen Osten oder Südostasien Waffen liefern. Die Staaten vor Ort könnten damit für Ruhe und Stabilität sorgen.“ (67) Fakt ist, dass Deutschland seine Rüstungsexporte in die Region steigert.

Seit einiger Zeit diskutieren „Vorfeldorganisationen der Berliner Außenpolitik ... über eine mögliche militärische Eskalation der Spannungen in Ostasien und eine eventuelle Beteiligung Deutschlands an eskalierenden Konflikten zwischen den USA und China. Zumal Washington eine stärkere deutsche Anteilnahme an den Streitigkeiten im Regionalumfeld Chinas wünscht... Die Körber-Stiftung, die sich bereits seit längerer Zeit schwerpunktmäßig mit Asien befasst, ist vor zwei Jahren in einem Polit-Experiment zu dem Ergebnis gekommen, dass die Bundesrepublik im amerikanisch-chinesischen Konflikt spätestens dann völlig offen Partei für die USA ergreifen müsse, wenn er eskaliere.“ (68)

In einer Publikation der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung heißt es lapidar: Zumindest die USA könnten durchaus „in einen direkten Konflikt mit China um die Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum“ treten, „der aller Wahrscheinlichkeit mit militärischen Mitteln ausgetragen werden würde.“ (69)

Wahnwitz diktiert politisches Handeln

In den gegen das volkreichste Land der Erde gerichteten Aktivitäten der USA und in ihrem Gefolge auch der BRD mit dem Kalkül, „einen direkten Konflikt mit militärischen Mitteln auszutragen“; offenbart sich die Unmenschlichkeit des imperialistischen Systems. Der hier zum Ausdruck gebrachte Wahnwitz bundesdeutscher Politik fließt ein in die in den vergangenen Monaten von Repräsentanten des Staates und von Denkfabriken (Think Tanks) verstärkte Propaganda, die „Neuvermessung“ der bestehenden Weltordnung militärisch voranzutreiben. 100 Jahre nach dem Ersten und 75 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg fordern sie:

Deutschland müsse „früher“ und „entschiedener“ in weltpolitische Belange eingreifen. Deutschland müsse seine „gewachsene Macht“ in ein „Mehr an Verantwortung“ umsetzen. Deutschland müsse von einer „Gestaltungsmacht“ zu einer „Führungsmacht“ werden. Deutschland müsse – mit mehr Bundeswehreinsätzen - „nach vorne stürmen“.

67 Der Spiegel, 19/2012

68 German Foreign Policy, 20. Dezember 2013

69 ebenda, 20. Oktober 2013

Dieses Deutschland bleibt traditionsgemäß entschlossen, wie zur Reichsgründung vor über 140 Jahren proklamiert, die „großen Fragen der Zeit“ mit „Blut und Eisen“ zu lösen.

Um dem Volk, vor allem der Jugend, den erforderlichen Stolz auf dieses Land zu vermitteln, bricht es salbungsvoll aus dem Bundespräsidenten heraus: „Das ist ein gutes Land, das beste, das wir kennen.“ (70)

Das deutsche Staatsoberhaupt verschweigt allerdings einige grundlegende Wahrheiten, die für den inneren und äußeren Frieden nicht gerade unerheblich sind:

Diese „gute Land“, größer geworden vor 24 Jahren durch Anschluss der DDR, ist seit 15 Jahren kriegführende Macht. Das kaiserlich-imperialistische Deutschland brachte es auf etwas mehr als vier Jahre Krieg, bevor es unterging. Das imperialistische Deutschland unter dem Hakenkreuz führte mehr als fünf Jahre seine Vernichtungskriege, bevor es militärisch geschlagen wurde.

Dieses von Gauck entdeckte „gute Land“ zeichnet sich nicht nur durch die Zahl der Jahre aus, in denen es Krieg führt.

Die BRD strebt in der Polarisierung zwischen Arm und Reich neue Höhepunkte an. Parasitärer Reichtum bleibt unangetastet und wird geschützt. Die Umverteilung von unten nach oben wird auch von der Großen Koalition fortgesetzt.

Dieses „gute Land“, das Gauck als das „beste“ bezeichnet, das, wie er Glauben machen will, „wir kennen“ sollten, übertrifft alle Vorstellungen Orwells: Die Überwachung der Bürgerinnen und Bürger durch den Kraken NASA im Verbund mit deutschen Geheimdiensten ist total. Frühere Vorstellungen vom „gläsernen Mensch“ sind in den Schatten gestellt.

Die Zukunft nicht nur unseres Volkes ist durch die irrationale Politik eines menschenfeindlichen Systems zunehmend bedroht. Aufklärung und Verteidigung der eigenen Lebensinteressen werden immer dringlicher!